

# Staatliches Überwachen - ein juristischer Überblick

Tor-Benefiz-Party im KuZeB  
[tor-benefiz.kire.ch](http://tor-benefiz.kire.ch)

28.11.2009

**Kire**

[www.kire.ch](http://www.kire.ch)

Layout-Template von Chih-Hao Tsai  
[chtsai.org](http://chtsai.org)

- Staatliches Überwachen - ein juristischer Überblick
  - Einleitung
  - Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)
  - Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)
    - BWIS - Ausbaustufe I
    - BWIS - Ausbaustufe II (in Planung)
  - Verordnung über die Nachrichtendienste im VBS (VND)
  - Verordnung über elektronische Kriegsführung (VEKF)
- Swiss Privacy Foundation

- Ich bin selber kein Jurist
- Verfolge die Entwicklung aktiv seit über 10 Jahren
  - Volksinitiative „S.o.S. - Schweiz ohne Schnüffelpolizei“
- Mehr und mehr mit Schwerpunkt Telekommunikation

# Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)

- Dient der Strafverfolgung
- Aktuelle Version in Kraft seit 1. Januar 2002
  - Vorratsdatenspeicherung über 6 Monate
    - Teilnehmeridentifikation
    - Verkehrs- und Rechnungsdaten
  - Überwachung von E-Mail
  - Lokalisierung von Mobiltelefonen

- Dringender Tatverdacht
  - Abschliessender Deliktkatalog
    - Amtsmissbrauch
    - Betrug
    - Drohung
    - Schreckung der Bevölkerung
    - Störung des öffentlichen Verkehrs
    - bis Mord
- Verhältnismässigkeit
- Andere Untersuchungshandlungen sind erfolglos geblieben
- Untersuchende Behörde ordnet an
  - Staatsanwaltschaft, UntersuchungsrichterInnen
- Zwangsmassnahmengericht genehmigt

# Durchführung & Abschluss

- Dienst für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Dienst)
  - Weist die AnbieterInnen an, wie die Überwachung durchzuführen ist
  - Eidgenössisches Justiz und Polizeidepartement EJPD
- Nach Abschluss grundsätzlich Mitteilung an die überwachte Person
  - Jedoch nicht, wenn ein öffentliches Interesse überwiegt
    - Auf Antrag der untersuchenden Behörde
- Zufallsfunde dürfen verwertet werden

# Überwachung des Postverkehrs

- Postsendungen
- Verkehrs- und Rechnungsdaten
- Identität von EmpfängerIn und AbsenderIn
  - Soweit bekannt
- Vorratsdatenspeicherung über 6 Monate
  - Teilnehmeridentifikation
  - Verkehrs- und Rechnungsdaten

# Überwachung des Fernmeldeverkehrs - Allgemein

- Fernmeldeverkehr
- Teilnehmeridentifikation
- Verkehrs- und Rechnungsdaten
- Datenaustausch via Dienst üpf
  - Ausser bei Direktschaltungen

# Überwachung des Fernmeldeverkehrs - Mobiltelefon

- Bestimmung des Standortes des eingeschalteten Mobiltelefones
  - Bei angeordneter Überwachung
    - Über aktuelle verbundene Antenne
  - Bei rückwirkender Überwachung
    - Über kommunikationsführende Antenne
- Teilnehmeridentifikation
  - Auch für Prepaid-Mobiltelefonkarten
    - Erhebung beim Verkauf der Karte durch die Anbieterin
    - Aufbewahrungspflicht für zwei Jahre
- Mitwirkungspflicht für BetreiberInnen von internen Fernmeldezentralen

# Überwachung des Fernmeldeverkehrs - Internet I

- Vorratsdatenspeicherung über 6 Monate
  - IP-Zuordnungen
    - Der abschliessende Straftatenkatalog gilt nicht
  - Verbindungsdaten bei Einwahlen ins Internet über das Telefonnetz
  - Verkehrsdaten bei E-Mail-Versand und Empfang
- Mögliche Überwachungstypen gemäss Verordnung
  - Verkehrsdaten und Inhalt von E-Mails
  - Einwahldaten ins Internet
- Abschliessend, jedoch...

# Überwachung des Fernmeldeverkehrs - Internet II

- "Geheime" neuen IP-Richtlinie des Dienstes an die Provider
  - Überwachung des kompletten Internetverkehrs
  - Deckung durch den Bundesrat obwohl im Widerspruch zur Verordnung
  - Übergangsfrist bis 30. Juni 2010
  - Wurde bereits in einem "einstelligen Prozentanteil" angeordnet
  - Auf Druck von Strafverfolgungsbehörden
  - Keine Rekursmöglichkeit der Provider
    - Bundesgerichtsurteil

# Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS)

- Inlandsgeheimdienst
  - Dienst für Analyse und Prävention DAP
    - 110 Personen beim Bund
  - 130 bei den Kantonen
    - Entschädigung durch Bund
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
  - seit dem 1.1.2009 (vorher EJPD)
- Informatisiertes Staatsschutz-Informationen-System
  - Nachfolger der Fichen
  - 120'000 Einträge, davon 6'000 SchweizerInnen

- Vorbeugende Massnahmen gegen
  - Terrorismus
  - Verbotenen Nachrichtendienst
  - Gewalttätigen Extremismus
  - Gewalt anlässlich von Sportanlässen
- Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden
  - Organisiertem Verbrechen
- Beurteilung der Bedrohungslage

- Aus öffentlichen Quellen
- Durch Einholen von Auskünften
- Aus amtlichen Akten
- Durch Entgegennahme von Meldungen
- An öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten
  - Auch mittels Bild- und Tonaufzeichnungen

- Über Vorgänge, Feststellungen und Organisationen
  - Gemäss Verordnung und geheimer Liste
  - Für Behörden und Verwaltungseinheiten
    - Strafverfolgungsorgane, (Fremden-)Polizei, Grenzschutz, Zoll, Einwohnerkontrollen, SND etc. pp.
- Bundeskriminalpolizei
  - Meldet selbst Daten aus gerichtspolizeilichen Verfahren über nicht beschuldigte Personen, welche mit Leuten in Kontakt stehen, die zu einer [..] extremistischen Organisation [..] gehören, unabhängig davon ob ihnen das bekannt ist.
  - Gehört zum Fedpol
  - Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität (KOBIK)

- Sicherstellung, Beschlagnahme und Einziehung
  - Durch DAP, Polizei- und Zollbehörden
  - Allenfalls Mitteilung an Strafbehörden
- Bei Verbreitung über das Internet
  - Löschverfügung an Schweizer Hoster
  - Sperrempfehlung an Access Provider

# Weitergabe von Personendaten

- An andere Sicherheitsorgane von Bund und Kantonen
  - Bezüglich der inneren Sicherheit in ihrem Bereich
- An Behörden zur Strafverfolgung
- Auch an Privatpersonen
  - Um eine schwere unmittelbare Gefahr abzuwenden
- Und ins Ausland
  - Bei strafbaren Verbrechen oder Vergehen
  - Zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen

- Stets gleichlautende Antwort vom Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten:
  - "dass in Bezug auf sie entweder keine Daten unrechtmässig bearbeitet würden oder dass er bei Vorhandensein allfälliger Fehler in der Datenbearbeitung eine Empfehlung zu deren Behebung an den DAP gerichtet habe."
- Ausnahmeregelung
  - Basler GrossrätInnen
- Stichproben durch Geschäftsprüfungsdelegation

# Personensicherheitsprüfungen

- Durch Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem DAP
- Für Bedienstete des Bundes, Angehörige der Armee und Dritte
  - Diese müssen zustimmen
- Sicherheitsrelevante Daten über
  - Lebensführung
  - Enge persönliche Beziehungen
  - Familiäre Verhältnisse
  - Finanzielle Lage
  - Beziehungen zum Ausland

- Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
  - Z. B. Mitführen von pyrotechnischen Gegenständen in Stadien
  - Aussage des Sicherheitspersonals oder des Sportvereins reicht
  - Fedpol betreibt zentrale Hooligan-Datenbank Hoogan
    - 716 Einträge (November 2009)
  - Informationspflicht für Behörden und Amtsstellen
  - Weitergabe auch
    - an private Organisatoren von Sportveranstaltungen
    - und ins Ausland
  - Auskunftsrecht gemäss Datenschutzgesetz

- Rayonverbot
- Ausreisebeschränkung
- Meldeauflage
  - Jeweils ab 13. Altersjahr
- Polizeigewahrsam
  - 24 Stunden
  - Ab 16. Altersjahr
- Weiterführung als interkantonaies Konkordat
  - Ab 1.1.2010

## BWIS - Ausbaustufe II (in Planung)

- Zusätzliche Massnahmen gegen Terrorismus
- Auskunftspflicht für sämtlichen Behörden des Bundes, der Kantone, Organisationen mit Vollzugsaufgaben des Bundes und gewerbliche Transporteure
  - Auch gegen gewalttätigen Extremismus
- Elektromagnetische Ausstrahlungen erfassen und auswerten
  - Auch über Onyx (automatisierte Überwachung landesübergreifender Kommunikation)
- InformantInnen bezahlen und schützen
- Personen mit Tarnidentitäten versehen
  - V-Leute, verdeckte Ermittler

# Besondere Informationsbeschaffung

- Post- und Fernmeldeverkehr überwachen
- Nicht allgemein zugängliche Orte beobachten
  - Auch mittels Aufnahmen
- Computer geheim durchsuchen
  - Im Strafverfahren nicht zulässig
- Genehmigung durch Bundesverwaltungsgericht (innert 72 Stunden) und DepartementsvorsteherInnen vom EJPD und VBS
- Verbot von Tätigkeiten,
  - die terroristische oder gewaltextremistische Umtriebe unterstützen
  - durch VorsteherIn vom EJPD

- Diffuser Verdacht resp. allgemeine Gefahrenvermutung genügt
- Bei einer konkreten Gefahren wären/sind die Strafverfolgungsbehörden zuständig
  - Strafbare Vorbereitungshandlungen
- Je weniger Verdacht/Ergebnisse umso tiefergehende Überwachung
- (Keine) Mitteilung an die Betroffenen nach Abschluss der Operation
  - Gefährdung laufender Untersuchungen
  - Überwiegendes öffentliches Interesse

- BWIS II zur Überarbeitung zurück an den Bundesrat
  - Präventive Überwachung durch besondere Informationsbeschaffung muss überdacht werden
  - Genauere Beschreibung von
    - Begriffen, wie innere und äussere Sicherheit
    - den Verdachtsmerkmalen

# Verordnung über die Nachrichtendienste im VBS (VND) I

- **Auslandsgeheimdienst**
  - Strategischer Nachrichtendienst
  - Untersteht direkt dem/r VorsteherIn des VBS
  - Verordnung zum SND, MND & LWND besteht gerade mal aus vier Seiten
- **Informationspflicht von Dienststellen der Bundesverwaltung**

# Verordnung über die Nachrichtendienste im VBS (VND) II

- Weitergabe von Personendaten
  - Dienst für Analyse und Prävention
  - Bundesamt für Polizei
  - Ins Ausland
- Stichproben durch Geschäftsprüfungsdelegation
- Zusammenlegung von SND und DAP
  - Bundesamt für Nachrichtendienst

# Verordnung über die elektronische Kriegsführung (VEKF)

- Funkaufklärung durch EKF
  - Angeordnet vom Strategischen Nachrichtendienst
  - Oder Dienst für Analyse und Prävention
  - Nicht gegen Personen in der Schweiz
    - Fernmeldegeheimnis
    - Zufallsfunde dürfen aber bearbeitet werden
      - Weiterleitung via DAP an Strafverfolgungsbehörden

- SATOS-1 und SATOS-2
  - Ca. 1990 bis 1997
- SATOS-3/ONYX
  - Ab 1997, bekannt ab 1999
    - Beschlossen und geheim gehalten durch den Bundesrat
  - Technische Details, Budget, Personenanzahl etc. sind noch immer geheim
    - Mehrere hundert Millionen Franken
  - Automatisierte Massenüberwachung von Satellitenkommunikation
    - Telefon, Fax, Telex, E-Mail und Informatikdaten
  - Zentrale in Zimmerwald bei Bern
  - Abhörstationen in Heimenschwand und Leuk

# Swiss Privacy Foundation

- 1-2 Root-Server seit August 2007
- Angemietet durch die German Privacy Foundation
  - Zusammenschluss von Tor-Administratoren
- Technisch betreut von mir
  - 2/3 bezahlt durch Tor-Benefiz-Party vor zwei Jahren
  - 1/3 durch mich
- Tor-Exit-Node, Tor-Bridge, zensurfreier DNS-Server
  - Pentium 4 2,4 GHz, 1 GB RAM
  - 6 TB Daten/Monat, 24 Mbit/s
  - Einer der leistungsfähigsten Tor-Server
  - CHF 1000.-/Jahr

- 3-4 Server
  - Tor, JonDonym, I2P
    - Vorläufig noch via GPF angemietet
  - Zensurfreie DNS-Server
  - PrivacyBox
- Workshops
  - Digitales Aikido, Mailverschlüsselung, anonym surfen
- Gemeinnützigkeit
- Einschreibeliste für Interessierte liegt auf
  - Statutenentwurf ebenfalls
- Erste Vereinsversammlung im Januar
- Mitmachen erwünscht